



HESSISCHER LANDTAG

29. 06. 2012

Kleine Anfrage

des Abg. Roth (SPD) vom 14.05.2012

**betreffend mögliche Schließung der August-Hermann-Francke-Schule
Wiesbaden (AHFS) - Modellregion für Inklusion in Wiesbaden**

und

Antwort

der Kultusministerin

Vorbemerkung des Fragestellers:

Im Februar dieses Jahres wurde durch die Presse bekannt, dass die Kultusministerin die Schließung der AHFS plant, um eine Modellregion für Inklusion in Wiesbaden umzusetzen.

Vorbemerkung der Kultusministerin:

Die geplante Schließung der August-Hermann-Francke-Schule, Schule mit Förderschwerpunkt Lernen, geht auf das Anliegen des Schulträgers zurück, statt einer Sanierung des maroden Schulgebäudes vermehrt Anstrengungen im Bereich des inklusiven Unterrichts zu unternehmen. Vonseiten des Kultusministeriums wurde die Zusage gemacht, dieses Vorhaben der Stadt Wiesbaden insofern zu unterstützen, als die aktuell in der AHFS eingesetzten Lehrerstellen langfristig gesichert und dem inklusiven Unterricht in der Stadt erhalten bleiben. Endgültige Entscheidungen sind jedoch erst zu erwarten, wenn eine entsprechende Beschlussvorlage des Magistrats der Stadt Wiesbaden vorliegt und eine gemeinsame Vereinbarung zur inhaltlichen und fachlichen Ausgestaltung des Vorhabens erstellt wurde.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Welche Inhalte hat das Konzept "Modellregion Inklusion der Stadt Wiesbaden"?

Die inhaltliche Ausarbeitung eines Konzeptes für die Modellregion Wiesbaden liegt in der Verantwortung des Staatlichen Schulamtes in Wiesbaden in enger Abstimmung mit dem Schulträger. Das fertige Konzept liegt noch nicht vor. Somit können diesbezüglich noch keine Aussagen gemacht werden.

Frage 2. Was ist das Besondere an der Modellregion in Wiesbaden im Vergleich zu dem Inklusionsmodell der derzeit gültigen Gesetzeslage?

Eine Modellregion Inklusion bezieht sich nur auf einen Schulträgerbereich. Modellhaft ist die Tatsache, dass eine stationär arbeitende Förderschule ab einem festgelegten Zeitpunkt keine weiteren Schüler aufnimmt und auf diesem Weg nach einem definierten Zeitraum geschlossen wird. Ziel einer Modellregion ist es, einen sukzessiven Abbau von stationären Einrichtungen durchzuführen und für jeden Förderschwerpunkt ein inklusives Angebot an allgemeinen Schulen aufzubauen.

Für die Modellregion Wiesbaden ist vorgesehen, dass die August-Hermann-Francke-Schule, Schule mit Förderschwerpunkt Lernen, ab dem kommenden Schuljahr keine Schülerinnen und Schüler mehr aufnimmt. Die Schülerinnen und Schüler verbleiben weitgehend an ihrer allgemeinen Schule und erhalten dort die sonderpädagogische Unterstützung, die sie im Rahmen von vorbeugenden Maßnahmen oder in der inklusiven Beschulung benötigen. In Wies-

baden sollen Möglichkeiten erarbeitet, erprobt und evaluiert werden, wie dies in der Praxis umgesetzt werden kann. Schulen in Wiesbaden, die seit vielen Jahren Erfahrungen im Gemeinsamen Unterricht gesammelt haben, entwickeln ihre Konzepte weiter und unterstützen und beraten die Schulen, für die die inklusive Arbeit neu ist.

Die frei werdenden Lehrerstellen bleiben den Schulen in der Stadt Wiesbaden erhalten und fließen in den inklusiven Unterricht für die allgemeinen Schulen.

In Hessen soll die Entwicklung hin zur Inklusion mit Bedacht umgesetzt werden. Die Modellregion bietet die Möglichkeit, regional Erfahrungen zu sammeln und konzeptionell zu arbeiten, um die Ergebnisse daraus auch auf andere Regionen zu übertragen.

Frage 3. Wie sollen die Erfahrungen und Kompetenzen, die an der AHFS vorhanden sind, in die Modellregion einfließen?

Die Erfahrungen und Kompetenzen der Förderschullehrkräfte werden durch den Unterrichtseinsatz im inklusiven Unterricht nach und nach über die regionalen Beratungs- und Förderzentren in die allgemeine Schule getragen. Unterstützt werden die Schulen durch gezielte Fortbildungen des Projektbüros "Individuelle Förderung" am Staatlichen Schulamt in Wiesbaden. Das Projektbüro Inklusion des Hessischen Kultusministeriums wird die Entwicklungen in der Modellregion begleiten und evaluieren.

Frage 4. Wie sollen die Lehrkräfte ab dem Schuljahr 2013/14 verteilt werden?

Die sukzessive Neuverteilung der Lehrkräfte wird Teil des personalvertraglichen Konzeptes des Staatlichen Schulamtes sein. Dazu können zurzeit noch keine Aussagen getroffen werden.

Frage 5. Wie stellt sie sich die Abwicklung der AHFS vor, wenn es noch keine Beschlussvorlage gibt?

Auf die Vorbemerkung wird verwiesen.

Frage 6. Wie steht sie zu dem Vorschlag, die AHFS in eine inklusive Schule umzuwandeln?

Die Gründe, die dazu geführt haben, die AHFS auslaufen zu lassen, stehen grundsätzlich einer Umwandlung in eine inklusive Schule im Weg. Der Schulträger stand vor der Entscheidung, trotz zurückgehender Schülerzahlen im Förderschwerpunkt Lernen sehr viel Geld in die Sanierung des Gebäudes der AHFS zu investieren. Eine Umwandlung der AHFS in eine inklusive Schule würde dieses Problem nicht lösen. Zudem lässt es die aktuelle Gesetzeslage in Hessen nicht zu, Schüler ohne Anspruch auf sonderpädagogische Förderung in eine öffentliche Förderschule aufzunehmen.

Auf einer fachlichen Ebene könnten zudem die wichtigen sonderpädagogischen Kompetenzen der Lehrerinnen und Lehrer der AHFS nicht der Unterrichts- und Erziehungsarbeit in den allgemeinen Schulen im Einzugsbereich der AHFS zugute kommen. Der notwendige Wissenstransfer in die Region würde entfallen. Eine inklusive Schule ist grundsätzlich die allgemeine Schule, der es gelingt, auch Schülerinnen und Schüler mit besonderen Förderbedürfnissen individuell und dem jeweiligen Förderschwerpunkt entsprechend zu unterrichten. Hierzu erhält sie in Hessen sonderpädagogische Unterstützung durch Förderschullehrkräfte. Durch die Einrichtung einer Modellregion ist dies in höherem Maß möglich als es die reguläre Zuweisung an Ressourcen im Augenblick zulässt.

Wiesbaden, 19. Juni 2012

Nicola Beer